

Thomas Klestil, Österreich und das Europa von morgen (1990)

Quelle: Europäische Rundschau. Vierteljahrszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. 1990, Nr. 1; Winter. Wien: Verein "Europäische Rundschau". "Österreich und das Europa von morgen", auteur:Klestil, Thomas , p. 3-10.

Urheberrecht: (c) Europa Verlag GmbH

URL:

http://www.cvce.eu/obj/thomas_klestil_osterreich_und_das_europa_von_morgen_1990-de-17593354-9923-4de4-b16b-f19a7doa8a9f.html



Publication date: 08/11/2016

Österreich und das Europa von morgen

Thomas Klestil

Über die Entwicklungen in Europa zu schreiben, ist heute keine leichte Aufgabe. Das Tempo des Wandels ist so außerordentlich, daß selbst die lebhafteste Phantasie hinter der Realität zurückbleibt. Was gestern noch unmöglich schien, ist heute schon Wirklichkeit.

Die fast explosive Kraft der Veränderungen im östlichen Teil des Kontinents hat sogar die neue Dynamik der westeuropäischen Integration in Richtung Binnenmarkt übertroffen. Das Verlangen der Völker Ost- und Südosteuropas nach Freiheit, Demokratie und Wohlstand manifestiert sich in immer stärkerer Weise. Während Westeuropa daran geht, die Grenzen des Nationalstaates zu überwinden und auf eine größere Einheit zustrebt, zeigt sich im Osten die Vitalität des Nationalismus im Ringen um Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Je mehr die totalitären Machtstrukturen zerbröckeln, um so deutlicher werden darunter wieder die alten Landkarten sichtbar und mit ihnen viele der alten Probleme, von denen wir gehofft hatten, daß sie für immer überwunden sind. Immer wieder zeigen sich alte Denkmuster und Reflexe. Auch die verborgene Macht der alten Apparate darf nicht unterschätzt werden. Vielfach sind noch die Repräsentanten der früheren Regime in führenden Positionen. All dies macht es für die Europäer in Ost und West um so dringender, gemeinsame Anstrengungen zur Überwindung der Last der Vergangenheit zu unternehmen und gemeinsam an einer besseren Zukunft zu arbeiten. Dazu bedarf es eines wahrhaft neuen Denkens und eines entschlossenen und raschen Handelns. Im Osten wie im Westen.

Die revolutionären Änderungen in Osteuropa bieten eine historische Chance, die Teilung Europas zu überwinden. Der mit einem so hohen Blutzoll erkaufte Sturz der Ceauşescu-Diktatur, aber auch die gigantischen, friedlichen Demonstrationen, die wir täglich im Fernsehen verfolgen konnten, zeigen uns die enorme Kraft des Freiheitsdranges, der Osteuropa erfaßt hat. Diese Energien in konstruktive Bahnen zu lenken, wird aller Staatskunst bedürfen, zu der diese Nationen, aber auch die internationale Gemeinschaft fähig sind.

Selbst unter den besten Voraussetzungen ist der Wandlungsprozeß mit Problemen und Gefahren verbunden. Die Ereignisse in Osteuropa haben Erwartungen erweckt, die selbst unter den günstigsten Umständen nicht so rasch erfüllt werden können. Diese Revolution der steigenden Erwartungen unter Kontrolle zu halten, wird nur dann möglich sein, wenn es gelingt, in den Köpfen und Herzen der Menschen jenes Maß an Hoffnung und Zuversicht lebendig zu erhalten, das ihnen die Kraft gibt, die Härten und Opfer auf dem langen Weg zu echter Demokratie und wirtschaftlicher Prosperität zu ertragen.

Ein wesentliches Element stellt dabei die Reisefreiheit dar, die sich die Menschen im Osten, nach Jahrzehnten der aufgezwungenen Isolierung, so hart errungen haben. Hunderttausende Besucher aus Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei, die die Straßen Wiens bevölkern, sind ein eindrucksvolles Zeugnis der Sehnsucht der Menschen nach Bewegungsfreiheit und Begegnung über die Grenzen hinweg. Das neue, im Werden begriffene Europa wird daher in erster Linie ein Europa der Bürger sein müssen, in dem sich die Menschen aus allen Ländern des Kontinents möglichst frei bewegen können. Vor allem die europäische Jugend muß wieder die Vielfalt und Einheit Europas aus eigener, unmittelbarer Erfahrung erleben können.

Der Prozeß des friedlichen Wandels in Osteuropa braucht eine langfristige Perspektive und ein neues Konzept der Gestaltung der Ost-West-Beziehungen. Wir müssen die Vision der Zukunft Europas mit einer flexiblen, aber dennoch zielstrebigem Politik verbinden. Gleichzeitig gilt es, ein Mindestmaß an Stabilität zu wahren. NATO und Warschauer Pakt, und zwar nicht als militärische Allianzen, sondern als Organisationen politischer Zusammenarbeit, können dazu, zusammen mit den laufenden Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte und über Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa, einen wesentlichen Beitrag leisten. Dem KSZE-Prozeß mit erweiterter Zielsetzung wird überhaupt eine ganz grundlegende Aufgabe zukommen. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage einer Institutionalisierung der KSZE, insbesondere in Richtung gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen einschließlich der Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitsrates. KSZE-Institutionen wären ferner auf dem Gebiet des Umweltschutzes sowie im Zusammenwirken mit dem Europarat im Bereich des

Rechtswesens unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes denkbar. Als Sitz solcher gesamteuropäischer Institutionen käme aufgrund seiner zentralen Lage, seiner Tradition und Infrastruktur vor allem Wien in Betracht. Die gesamteuropäische Dimension der künftigen Architekten unseres Kontinents kommt auch in der Idee einer europäischen Konföderation zum Ausdruck, wie sie von Präsident Mitterrand oder Bundeskanzler Kohl zur Diskussion gestellt wurde.

Macht und Einfluß im künftigen Europa werden mehr durch wirtschaftliche, als durch militärische Faktoren bestimmt werden. Die Unterschiede in der wirtschaftlichen Stärke und im Entwicklungsgrad einzelner Länder und Regionen werden zu den schwierigsten Problemen zählen, die auf dem Weg zu einem größeren Europa gelöst werden müssen. Das Konfliktpotential, das sich aus dem Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West ergibt, könnte in den kommenden Jahren noch erheblich zunehmen. Diese Probleme werden dort besonders gravierend sein, wo sich wirtschaftliche Strukturen und Verhaltensweisen nicht rasch und nicht tiefgreifend genug ändern. Die Schwierigkeiten werden andauern, lange nachdem die Euphorie über die größere Freiheit abgeklungen sein wird. Reformen werden risikoreich sein, und ihre Durchführung wird Jahre, wenn nicht Jahrzehnte benötigen. Viele der erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der osteuropäischen Wirtschaften werden kurzfristig eher zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage führen. Während die alten ineffizienten Strukturen der zentralen Planung abgebaut werden, sind die neuen marktwirtschaftlichen Strukturen noch nicht voll funktionsfähig. Die Übergangsperiode wird daher sowohl für das wirtschaftliche Management als auch für die politische Führung äußerst schwierig sein. Der Einsatz ist hoch, für die Länder Osteuropas, die den Weg der Reform beschreiten, und für die westlichen Länder, die zur Hilfestellung aufgerufen sind. Sollte der Prozeß der wirtschaftlichen Umgestaltung scheitern, so wird ganz Europa, und nicht nur Europa, von den Folgen betroffen sein. Ist er erfolgreich, dann werden alle davon profitieren.

Neben der wirtschaftlichen gewinnt die ökologische Dimension in der gesamteuropäischen Zusammenarbeit zunehmend an Bedeutung. Die Umweltsituation in Europa, insbesondere auch in Osteuropa, hat in vieler Hinsicht bereits katastrophale Ausmaße erreicht. Tschernobyl hat uns in dramatischer Weise vor Augen geführt, daß Umweltschutz heute zu einer europaweiten, ja vielfach sogar zu einer globalen Aufgabe geworden ist.

Die Betrauung der EG-Kommission mit der Koordinierung der Wirtschaftshilfe für reformfreudige osteuropäische Länder hat die Rolle der EG als Brennpunkt der gemeinsamen westlichen Anstrengungen zugunsten Osteuropas unterstrichen. Die EG bietet wohl das zukunftssträchtigste Modell für ein künftiges alleuropäisches System der Zusammenarbeit und Integration. Gerade der letzte EG-Gipfel in Straßburg hat gezeigt, daß sich die EG der Größe dieser Herausforderung voll bewußt ist. Um diese Herausforderung zu meistern, wird die weitere Vertiefung der Integration der EG genauso notwendig sein wie ihre zusätzliche Erweiterung.

Europa — ein kultureller Begriff

In einem Europa, das — so wie die Welt als Ganzes — immer enger zusammenwächst, in dem die Interdependenz der Volkswirtschaften ständig zunimmt und der Zugang zur Information und die Fähigkeit, sie zu nutzen, zu entscheidenden Faktoren des technologischen und wirtschaftlichen Fortschritts geworden sind, kann nationale Souveränität in steigendem Maße nur mehr gemeinsam ausgeübt werden. Wer abseits steht, muß sich mit dem abfinden, was andere entscheiden. Nur wer mitentscheidet, kann die eigenen Interessen wirkungsvoll vertreten, kann mitgestalten und damit seine eigene Identität zur Geltung bringen.

Bei unseren Bemühungen um ein größeres Europa werden wir vor allem den Umstand berücksichtigen müssen, daß kein anderer Kontinent so eng mit allen anderen verbunden ist wie Europa. In einer Rede, die Zbigniew Brzezinski vor der Diplomatischen Akademie in Moskau hielt, hat er seine Zuhörerschaft daran erinnert, daß Europa kein geographischer, sondern ein kultureller und philosophischer Begriff ist, der auf gemeinsamen Werten beruht. Er fügte hinzu, daß die USA und die UdSSR in dem Maße zu Europa gehören, in dem sie diese Werte teilen.

Die Natur der europäischen Identität als einer Familie von Nationen, die durch gemeinsame Werte

verbunden sind, spiegelt sich auch in den Beziehungen Europas zu Amerika wider. Die atlantische Dimension des europäischen Sicherheitssystems trägt dieser Tatsache Rechnung. Dies wird auch in zunehmendem Maße von der Sowjetunion anerkannt.

Die Neuordnung Europas erfordert auch eine Neuordnung des europäisch-amerikanischen Verhältnisses. Ein Auseinanderdriften muß vermieden werden. Auf beiden Seiten des Atlantik muß sichergestellt werden, daß unterschiedliche sicherheitspolitische und wirtschaftliche Interessen die gemeinsame Zielsetzung der europäisch-amerikanischen Wertegemeinschaft nicht in Frage stellen. Eine starke Partnerschaft mit Amerika bleibt für Europa auch in Zukunft ein essentielles Element seiner eigenen Sicherheit. Es gilt daher weiterhin alle sich bietenden Chancen zu nützen, um den europäisch-amerikanischen Dialog auf eine möglichst breite und solide Basis zu stellen. Daß dies seitens der Vereinigten Staaten ebenfalls erkannt und angestrebt wird, hat US-Außenminister James Baker in seiner Grundsatzrede in Berlin deutlich zum Ausdruck gebracht, in der er von einem Neuen Atlantizismus sprach.

Während Europa und Amerika bei der Verteidigung der Freiheit Partner sind, sind sie auf den Märkten zusehends Konkurrenten. Die Sorge Amerikas und anderer Staaten hinsichtlich einer »Festung Europa« zeigt deutlich, daß das Prinzip der Freiheit nicht nur auf den politischen Bereich beschränkt sein kann. Die Stärke Europas liegt in seiner Weltoffenheit, seinem Bekenntnis zum fairen Wettbewerb und zu einem liberalen Handels- und Weltwirtschaftssystem. Dies entspricht auch seinem ureigensten wirtschaftlichen Interesse. Vor allem in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Sanierung Osteuropas auch an Westeuropa gewaltige Herausforderungen stellt, würde eine Abschottung Europas von den Wachstumsmärkten der Weltwirtschaft, insbesondere im pazifischen Raum, sehr rasch zu einer Beeinträchtigung seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit führen. Das gilt auch für Österreich: nur in dem Maße, in dem sich unsere Wirtschaft auf den Weltmärkten behauptet, wird sie auch in Osteuropa wirtschaftlich Erfolg haben. Geschäfte auf Kosten der eigenen Substanz oder der Steuerzahler haben auch bei uns keine Zukunft.

Modelle und Formen eines künftigen Europa sind derzeit Gegenstand intensiver Studien in den »think tanks« beiderseits des Atlantik. Von den zahlreichen Überlegungen hinsichtlich der zu schaffenden Architektur Europas seien hier nur jene erwähnt, die unser Land unmittelbar betreffen. In westlichen, vor allem amerikanischen Medien sind in letzter Zeit eine Reihe von Beiträgen erschienen, die eine »österreichische Lösung« für die Länder Osteuropas propagieren. Demnach würde die Befolgung des österreichischen Beispiels Moskau die Gewißheit geben, daß sich keines dieser Länder einer antisowjetischen Allianz anschließt oder die sowjetische Sicherheit anderweitig gefährdet. Diese Überlegungen laufen auf die Schaffung eines Gürtels neutraler und nicht-paktgebundener Staaten hinaus, der zwischen Westeuropa und der Sowjetunion eine Art Pufferzone bilden würde. Dadurch würde aber die Idee eines »cordon sanitaire« oder eines »Zwischeneuropa« wieder belebt werden. Das kann aber, zumindest für Österreich, keine attraktive Perspektive sein. Ein derartiges Konzept einer Grauzone zwischen Ost und West hat für uns keine Zukunft. Es würde auch dem Ziel der Schaffung eines ungeteilten Europa widersprechen. Integration und nicht Separation muß das Ziel sein.

So wichtig die geschichtliche Erfahrung für die künftige Gestaltung Europas ist, so müssen wir doch nostalgische Wiederbelebungsversuche versunkener Welten vermeiden. Dies gilt heute in besonderer Weise für den viel strapazierten Begriff »Mitteleuropa«. Bei aller Faszination, die die einstige mitteleuropäische Kultur noch immer ausstrahlt, müssen wir doch feststellen, daß ein Mitteleuropa als eigene politische Größe zwischen Ost und West nicht mehr möglich ist. Peter Bender glaubt, daß für Mitteleuropa das gleiche gilt wie für Deutschland: Es gibt dafür keine isolierten Lösungen, keinen organisierten Sonderstatus. Joseph Rován formuliert es noch pointierter, wenn er für eine gesamteuropäische Dimension plädiert und meint: »Mitteleuropa ist heute eine Waffe gegen Europa. Wer Europa will, muß Mitteleuropa abweisen.« Eric Hobsbawm hat sicherlich recht, wenn er sagt, daß die osteuropäischen Länder, vor die Wahl zwischen einem mitteleuropäischen Block und der Zugehörigkeit zur EG gestellt, ohne Zögern für Brüssel stimmen würden.

Angesichts der gegebenen Realitäten wäre es eine Illusion anzunehmen, daß der einstige k.u.k.-Raum, diesmal gewissermaßen als n.u.n. (neutral und nichtpaktgebunden) wiedererrichtet werden könnte. Auch der kürzlich von Günter Gaus lancierte Vorschlag einer zentraleuropäischen Konföderation unter österreichischer Patronanz fällt in diese Kategorie. Solche Vorstellungen sind nicht nur unrealistisch,

sondern entsprechen auch nicht den Interessen der betroffenen Länder. Gerade auf wirtschaftlichem Gebiet können die Märkte Osteuropas auf lange Zeit kein Ersatz für den Zugang zu den westeuropäischen und den globalen Märkten sein. Natürlich sollen die Staaten Zentraleuropas ihre gegenseitigen Beziehungen weiter ausbauen, aber eben nicht nur untereinander, sondern vor allem auch mit dem übrigen Europa.

In diesem Sinne können regionale Initiativen und Formen der Zusammenarbeit einen wichtigen Beitrag leisten. Die Vierertreffen der Außenminister und stellvertretenden Premierminister Ungarns, Italiens, Jugoslawiens und Österreichs, die österreichisch-ungarische Initiative für eine gemeinsame Weltausstellung in Wien-Budapest sowie die kürzlich in Wien stattgefundenen Generalkonferenz der Regionen Europas sind nur einige Beispiele einer solchen Zusammenarbeit. Die erfolgreiche Arbeit grenzüberschreitender regionaler Vereinigungen, wie etwa der ARGE ALPEN ADRIA, geht ebenfalls in diese Richtung. Diese regionalen Aktivitäten müssen aber Teil eines größeren Konzeptes zur Überwindung der Teilung Europas sein.

Österreichische Identität

Viele ausländische Äußerungen über die Stellung und Funktion Österreichs in Europa zeigen eine oft beträchtliche Unkenntnis der Geschichte unseres Landes und seines internationalen Status. Dazu zählt als besonders markantes Beispiel die Ansicht, Österreich bilde neben der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik den »dritten deutschen Staat«. Eine derartige Auffassung entspricht nicht der Realität. Sie widerspricht dem historischen, kulturellen und nicht zuletzt politischen Selbstverständnis unseres Landes sowie seinem geschichtlichen Werdegang. Vom Privilegium minus bis zur Schlacht von Königgrätz hat Österreich eine spezifische Entwicklung erfahren. Vor allem in den vergangenen Jahrzehnten hat sich in Österreich ein starkes Bewußtsein der eigenen österreichischen Identität entwickelt. Abgesehen von einer sehr kleinen Minderheit empfinden sich die Österreicher als eigene Nation. Diese Meinung wird auch in Deutschland geteilt. Das in der Präambel zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland von 1949 verankerte Selbstbestimmungsrecht des »gesamten deutschen Volkes« hat sich nie auf Österreich bezogen. Auch die kürzlich anlässlich der Ereignisse in der DDR von Außenminister Genscher gemachte Aussage, daß »40 Jahre der Trennung aus einer deutschen Nation nicht zwei gemacht haben«, unterstreicht die Tatsache, daß Österreich auch von deutscher Seite nicht als Teil der deutschen Nation angesehen wird. Um so absurder muten daher Äußerungen der letzten Zeit in Frankreich, Großbritannien oder der Sowjetunion an, in denen von Österreich als »deutschem Staat« die Rede war.

Österreich unterhält heute als selbständiger und selbstbewußter Staat völlig normale und freundschaftliche Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und zur Deutschen Demokratischen Republik. Wir haben volles Vertrauen in das demokratische und europäische Verantwortungsbewußtsein der Deutschen, auch im Zusammenhang mit einer möglichen Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Natürlich sind wir uns der zentralen Bedeutung der deutschen Frage für die künftige Architektur Europas bewußt. Wir sind aber überzeugt, daß — wie Bundeskanzler Kohl anlässlich der Präsentation seines Zehn-Punkte-Programms ausführte — die Verknüpfung dieser Frage mit der gesamteuropäischen Entwicklung und den West-Ost-Beziehungen eine organische Entwicklung ermöglicht, die den Interessen aller Beteiligten Rechnung trägt und ein friedliches Zusammenleben in Europa garantiert.

Nicht nur der Osten, sondern vor allem auch der Westen wird sich vor alten Ängsten und Vorurteilen hüten müssen. Es geht heute nicht mehr darum, in nationalen Kategorien zu denken, sondern gemeinsam am Europa der Zukunft zu bauen. Es könnte durchaus sein, daß sich dabei die Menschen im Osten im Bekenntnis zu den Grundwerten als die besseren Europäer erweisen, als ein im Wohlstand gesättigter und in Kleinmut und nationalem Egoismus verstrickter Westen. Je transparenter die Grenzen in Europa gestaltet werden können, desto eher wird auch die Gefahr des Nationalismus gebannt werden. Nur ein Zusammenwachsen wird unserem Kontinent dauerhaften Frieden und Prosperität bringen.

Die Bewältigung dieser historischen Aufgabe setzt voraus, daß Westeuropa auch seine eigene Teilung zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Freihandelsassoziation überwindet. Die EFTA-Länder waren sich stets dieser Notwendigkeit bewußt und haben große Anstrengungen unternommen, um die Kluft zwischen beiden Gruppierungen zu verringern.

Seit April 1984 sind die EFTA-Länder bemüht, ihre bilateralen Beziehungen mit der EG in Richtung eines homogenen und dynamischen europäischen Wirtschaftsraumes zu entwickeln. Diese Bemühungen haben zu bilateralen und multilateralen Vereinbarungen in spezifischen Bereichen geführt, blieben aber insgesamt beschränkter Natur. Vor allem seit die Gemeinschaft die Schaffung ihres Binnenmarktes kräftig vorantreibt, ist die Kluft zwischen EG und EFTA wesentlich größer geworden.

Die von Präsident Delors in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament am 17. Januar 1989 gemachten Vorschläge über eine möglichst weitgehende Teilnahme der EFTA-Staaten am EG-Binnenmarkt haben zu einem neuen, intensiven Dialog zwischen der EG und EFTA geführt. Die Gespräche erstrecken sich auf den Inhalt und den institutionellen Rahmen einer Vereinbarung über die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraumes aller achtzehn EG- und EFTA-Länder. Neben den vier Freiheiten des Verkehrs von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Personen sollen auch flankierende Maßnahmen vereinbart werden. Die Landwirtschaft bleibt allerdings ausgeklammert. Außerdem sind nicht alle EFTA-Länder bereit, die Idee einer Zollunion zu akzeptieren. Daraus ergeben sich schwerwiegende wirtschaftliche wie auch institutionelle Beschränkungen des zu schaffenden europäischen Wirtschaftsraumes.

Bisher ist auch keine zufriedenstellende Lösung hinsichtlich einer echten EFTA-Beteiligung am Entscheidungsprozeß gefunden worden. Die EG besteht auf der Autonomie ihres internen Entscheidungsprozesses und verfolgt ein Zwei-Pfeiler-Konzept, wobei die EG den einen Pfeiler und die EFTA den anderen bilden soll. Die EFTA muß demnach mit einer Stimme sprechen, wobei ihr auf seiten der EG nur die EG-Kommission als Verhandler gegenüberstünde. Diese Vorgangsweise würde die sogenannte »osmotische« Wirkung von Konsultationen wesentlich einschränken. Es erscheint daher fraglich, ob im Wege eines derartigen Abkommens tatsächlich die volle Teilnahme der EFTA-Staaten am EG-Binnenmarkt herbeigeführt werden kann. Substantielle Verbesserungen der EG-EFTA-Integration sind natürlich wertvoll und willkommen, stellen letztlich aber keinen Ersatz für eine EG-Mitgliedschaft dar. Die Schlußfolgerung ist klar: Wer an der europäischen Integration als gleichwertiger Partner mit gleichen Rechten teilnehmen will, muß der EG beitreten. Österreich wird daher, unabhängig vom Ergebnis des Delors-Prozesses, den es voll unterstützt, seine Bemühungen um Erreichung der EG-Mitgliedschaft konsequent fortsetzen.

Als ein Land an der Wegkreuzung zwischen Ost und West hat Österreich eine lange Tradition der Teilnahme an der europäischen Integration. Als pluralistische westliche Demokratie mit einer freien Marktwirtschaft war es stets den Grundwerten der freien Nationen der Welt verpflichtet. Schon bald nach Erreichung seiner vollen Unabhängigkeit ist Österreich dem Europarat beigetreten. Zusammen mit Großbritannien war es Gründungsmitglied der EFTA. Seit 1972 ist es mit den Europäischen Gemeinschaften durch ein Freihandelsabkommen verbunden. Mit einem EG-Außenhandelsanteil von über 70% ist Österreich vom entstehenden europäischen Binnenmarkt stärker abhängig als einige der EG-Mitgliedstaaten. Es sollte daher keine Überraschung sein, daß Österreich im Juli 1989 seinen Antrag auf EG-Mitgliedschaft in Brüssel deponierte. In seinem Bemühen um EG-Mitgliedschaft folgt Österreich nicht nur wirtschaftlichen Überlegungen. Sein Beitrittsantrag geht auch von der Überzeugung aus, daß die zunehmende europäische Einigung die wirksamste Möglichkeit zur Sicherung von Frieden und Wohlstand auf unserem Kontinent darstellt.

Österreich geht nicht mit leeren Händen nach Brüssel. Als hochentwickelter Industriestaat würde es zu einem Nettobeitragsland zum EG-Budget werden.

Österreich würde auch zum Ressourcentransfer innerhalb der Gemeinschaft beitragen und damit auch einen Anteil an der Finanzierung wirtschaftlicher und sozialer Strukturen in den EG-Ländern übernehmen.

Es war stets ein Grundelement der österreichischen Außenpolitik, eine aktive und konstruktive Rolle zur Förderung eines Klimas der Stabilität und Prosperität in Europa zu spielen. In diesem Sinne ist auch das Bekenntnis zur immerwährenden Neutralität kein Akt der Desolidarisierung gegenüber Europa, sondern der Sicherung der Existenz Österreichs als unabhängiges, ungeteiltes Land und westliche Demokratie. In den letzten 35 Jahren ist die Neutralität Teil der österreichischen Identität geworden. Wir sind überzeugt, daß die Neutralität auch in Zukunft nicht nur unseren Interessen, sondern auch jenen Europas dienen wird. Mit der

Überwindung des Ost-West-Konfliktes hat sich auch die Funktion der Neutralität gewandelt und wird zunehmend als kooperatives Element im Rahmen der gesamteuropäischen Beziehungen empfunden.

Unser Wunsch, die Neutralität beizubehalten, beschränkt in keiner Weise unseren Entschluß, die Rechte und Pflichten eines EG-Mitglieds zu übernehmen. Für jene weitgehend hypothetischen Fälle, in denen ein Neutraler EG-Entscheidungen nicht voll mittragen könnte, gibt es durchaus Lösungsmöglichkeiten, die den Interessen Österreichs gerecht werden, ohne die Funktionsfähigkeit der Gemeinschaft zu behindern.

Was die politische Finalität der EG anbelangt, so ist es offensichtlich, daß derzeit über das Konzept der europäischen Union verschiedene Auffassungen bestehen. Wenn »Europäische Union« eine Gemeinschaft der Werte, eine gemeinsame Verpflichtung zur Demokratie und freien Marktwirtschaft, gemeinsame Bemühungen um eine friedliche Lösung internationaler Konflikte und gemeinsame Anstrengungen zur Förderung der Entwicklung bedeutet, dann gibt es keinen Grund, warum ein immerwährend neutrales Land nicht in der Lage sein sollte, an einer solchen Union teilzunehmen.

Je mehr die Kriegsgefahr auf unserem Kontinent in den Hintergrund tritt, je mehr das Bekenntnis zu denselben gemeinsamen Werten in ganz Europa Wurzeln schlägt, um so besser sind die Chancen, unser Ziel einer vollen und gleichwertigen Teilnahme des europäischen Integrationsprozesses zu erreichen. Das Drehbuch des europäischen Geschehens wird heute nicht mehr von den Autoren oder Regisseuren geschrieben, auch nicht von den Schauspielern, sondern vom Publikum, das selbst auf die Bühne gestiegen ist. Wir sind zuversichtlich, daß das neue politische Klima, das durch die historischen Entwicklungen zu Demokratie, Menschenrechten und Marktwirtschaft im Osten geschaffen wurde, unseren Bemühungen um Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften förderlich sein wird.

Das Tempo und die Dynamik dieser Entwicklungen erfordert, daß auch die EG ihre Integrationsbestrebungen beschleunigt. Dies sollte sich auch auf den Terminkalender der Gemeinschaft auswirken und die Aufnahme der Verhandlungen über den österreichischen Antrag noch vor 1993 ermöglichen. Der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, hat in seiner großen Rede vor dem College d'Europe in Brügge selbst festgestellt: *»L'histoire s'accélère. Nous aussi devons accélérer.«*